

# Eingliederungsbilanz für das Kalenderjahr 2007

---

## Optionskommune Hochsauerlandkreis

---



Hochsauerlandkreis  
Fachdienst Grundsicherung für Arbeitsuchende  
Steinstraße 27  
57392 Meschede

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Vorbemerkung und Hinweise zur Datengrundlage .....</b>	<b>Seite 3</b>
<b>2. Rahmenbedingungen .....</b>	<b>Seite 4</b>
<b>2.1 Der Arbeitsmarkt im Hochsauerlandkreis .....</b>	<b>Seite 4</b>
<b>3. Darstellung der Arbeitsergebnisse 2007 .....</b>	<b>Seite 6</b>
<b>3.1 Finanzielles Fördervolumen .....</b>	<b>Seite 6</b>
<b>3.2 Durchschnittliche Ausgaben je geförderten Arbeitnehmer .....</b>	<b>Seite 6</b>
<b>3.3 Förderanteile einzelner Personengruppen .....</b>	<b>Seite 7</b>
<b>4. Wirkung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente .....</b>	<b>Seite 9</b>
<b>5. Tabellenteil – Statistisch aufbereitetes Datenmaterial zur Eingliederungsbilanz .....</b>	<b>Seite 10</b>

## 1. Vorbemerkung und Hinweise zur Datengrundlage

Nach § 54 des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) hat jeder Träger der Grundsicherung eine Eingliederungsbilanz über seine Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung nach Abschluss eines Haushaltsjahres im Rahmen einer Eingliederungsbilanz zu erstellen. Inhaltlich findet § 11 Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) Anwendung.

Die Eingliederungsbilanz gibt Auskunft, inwieweit die öffentlichen Mittel wirtschaftlich und effektiv eingesetzt wurden. Gemäß § 11 Abs. 2 Satz 2 SGB III soll ein Vergleich der regionalen Eingliederungsbilanzen möglich sein. Ein derartiger Vergleich ist jedoch nur zwischen Leistungsträgern mit ähnlichen Rahmenbedingungen der regionalen Arbeitsmärkte sinnvoll. Aus diesem Grunde wurden die Regionen innerhalb des SGB II, als auch des SGB III, sogenannten Regionaltypen (Cluster) zugeordnet. Diese Typisierung berücksichtigt insbesondere Unterschiede der Regionen in der Bevölkerungsdichte sowie der Unterbeschäftigungsquote. Der Hochsauerlandkreis gehörte im Jahr 2007 zur Gruppe des SGB II - Vergleichstyp IIIc – „Bezirke mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und wenig Dynamik“.

Der Hochsauerlandkreis legt als zugelassener kommunaler Träger nach § 6a SGB II erstmalig die Eingliederungsbilanz für das Jahr 2007 vor. Datengrundlage bilden die seitens der Bundesagentur für Arbeit zusammengefassten Tabellen zu den Ergebnissen der Förder- und Arbeitslosenstatistik. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Angaben aus der monatlichen Datenlieferung gem. § 54b SGB II generiert wurden und nicht in allen Bereichen eine vollständige Abbildung der tatsächlichen Größen und Erfolge widerspiegeln. Der Aufbau der SGB II-Statistik und die Einbeziehung von Daten der zugelassenen kommunalen Trägern (Optionskommunen) mittels Datenlieferung ist ein technisch, methodisch und organisatorisch äußerst komplexer Prozess, welcher eine vollkommene und abschließende Darstellung der Arbeitsergebnisse im Detail auch im 3. Jahr der Aufgabenübernahme ausschließt. Aus Gründen der Transparenz wird in den folgenden Darstellungen dennoch ausschließlich Bezug auf die Tabellenzusammenfassungen der Bundesagentur für Arbeit genommen.

Unabhängig davon wird darauf hingewiesen, dass das Instrument der Eingliederungsbilanz, dessen Grundlage im SGB III verankert ist, aus kommunaler Sicht nur eingeschränkt geeignet ist, die Ziele und Anforderungen des SGB II richtig und vollständig abzubilden. Es wird ein erheblicher Weiterentwicklungsbedarf gesehen, damit den Belangen des Rechtskreises SGB II und damit den durch den Gesetzgeber erhofften Steuerungseffekten Rechnung getragen werden kann.

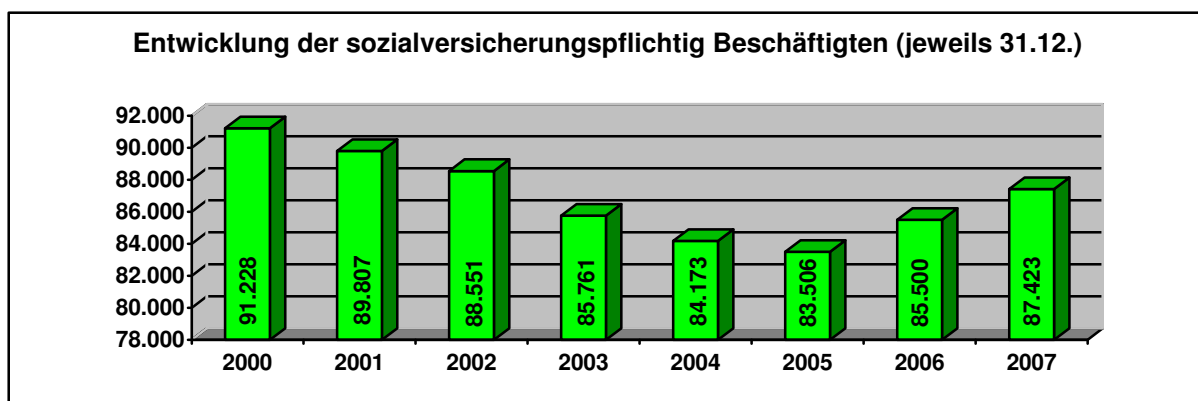
## 2. Rahmenbedingungen

Der Hochsauerlandkreis liegt im Südosten Nordrhein-Westfalens und gehört zum Regierungsbezirk Arnsberg. Er umfasst die Städte Arnsberg, Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Meschede, Olsberg, Schmallenberg, Sundern, Winterberg und die Gemeinden Bestwig und Eslohe. Eine waldreiche Mittelgebirgslandschaft mit Seen und Flusstälern prägen das für seine Region typische Bild. Das Hochsauerland ist die höchstgelegene Region in Nordrhein-Westfalen, die höchsten Erhebungen stellen der Langenberg mit 843 m und der Kahle Asten mit 841 m dar.

Das Kreisgebiet ist geprägt von seiner Großflächigkeit und einer unterdurchschnittlichen Einwohnerdichte. Am 30.06.2007 wohnten im Kreisgebiet 274.704 EinwohnerInnen, darunter 139.296 Frauen. Mit dieser Zahl liegt der Hochsauerlandkreis unter dem Durchschnitt der Kreise in Nordrhein-Westfalen. Aus der Konstellation von Kreisfläche und –Bevölkerung ergibt sich die zweitniedrigste Bevölkerungsdichte von 140 EinwohnerInnen je Quadratkilometer.

### 2.1 Der Arbeitsmarkt im Hochsauerlandkreis

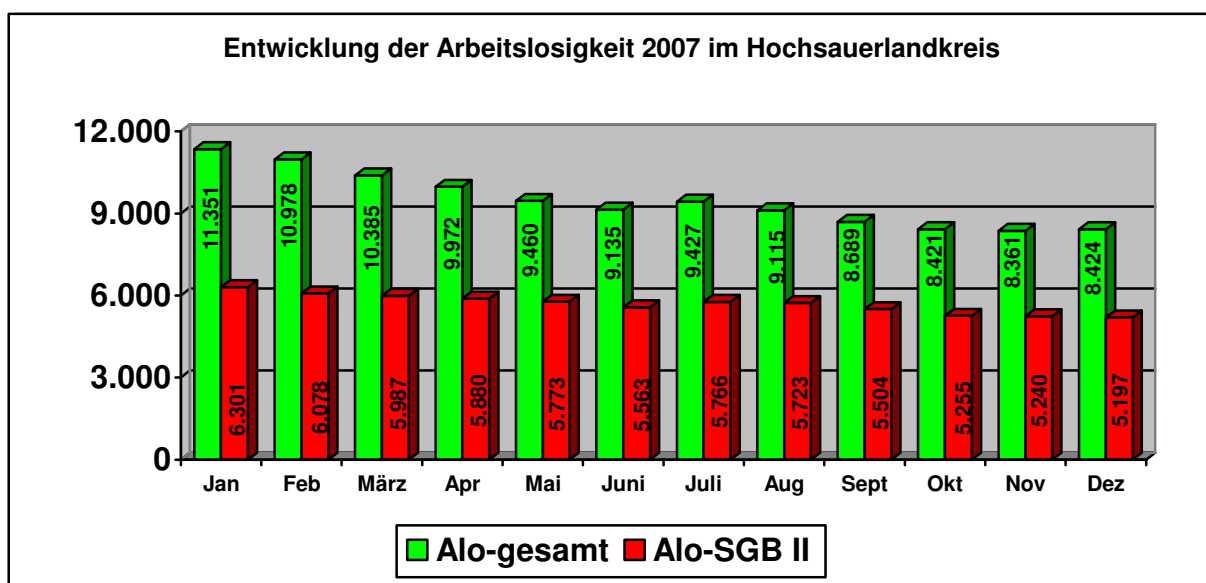
Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Hochsauerlandkreis betrug zum Stichtag 31.12.2007 87.423 Personen. Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weist für die Region innerhalb der vergangenen 10 Jahre einen deutlich negativen Saldo aus. Ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen kann erst seit Mitte 2006 durch den günstigeren Konjunkturverlauf verzeichnet werden.



Trotz ländlicher Strukturen ist mit knapp 52% eine überdurchschnittliche Beschäftigungsquote im Dienstleistungssektor festzustellen. Die Beschäftigungsquote im gewerblichen Bereich beträgt 47%, im primären Sektor 1,2%. In den vergangenen 10 Jahren ist ein Zuwachs der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe von mehr als 7% zu verzeichnen. Der Schwerpunkt der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt im Bereich des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens, gefolgt vom Bereich Herstellung von Metallzeugnissen. In der Region dominieren Klein- und Mittelbetriebe, nahezu 80% Prozent aller Unternehmen mit mindestens einem Arbeitnehmer haben weniger als 10 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Den 87.423 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stehen rund 175.000 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren gegenüber. Aus diesen Zahlen errechnet sich eine Beschäftigungsquote von 50%, womit sich der Hochsauerlandkreis zu den 10 stärksten Regionen in Nordrhein-Westfalen gesellt.

Das günstige Wirtschaftswachstum hat sich im Jahr 2007 positiv auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ausgewirkt. Im Januar 2007 betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Region 11.351 Personen, die Arbeitslosenquote lag bei 7,9 %. Zum Jahresende waren insgesamt 8.424 Frauen und Männer von Arbeitslosigkeit betroffen, was einer Arbeitslosenquote von 5,9% entsprach. Insgesamt konnte damit die Arbeitslosigkeit um 25,8% innerhalb eines Jahres zurückgeführt werden.



Auch die Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II konnten von den positiven Beschäftigungseffekten profitieren. Hier beläuft sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf absolut – 1.104 Personen bzw. – 17,5%. Zum Jahresende lag die Zahl der Arbeitslosen in Zuständigkeit des Grundsicherungsträgers bei 5.197 betroffenen Menschen.

### **3. Darstellung der Arbeitsergebnisse 2007**

Die Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II nimmt der Hochsauerlandkreis mit seinen 12 kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Wege der Delegation mit dezentralem Dienstleistungsansatz wahr. Dazu ist in der Kreisverwaltung eine zentrale Organisationseinheit mit Steuerungs-, Koordinierungs- und Dienstleistungsfunktionen eingerichtet worden. Die Städte und Gemeinden sind der erste Ansprechpartner für die Hilfesuchenden. Insbesondere werden hier die Aufgaben des Fallmanagements und der Arbeitsvermittlung neben der Gewährung der passiven Leistungen zum Lebensunterhalt erbracht.

#### **3.1 Finanzielles Fördervolumen**

Für die im Eingliederungstitel zusammengefassten Instrumente standen dem Hochsauerlandkreis mit seinen 12 Delegationskommunen nach Mittelumschichtung 2007 Ausgabemittel in Höhe von 7,9 Mio Euro zur Verfügung. Im Jahresverlauf wurden insgesamt 7,2 Mio Euro für den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Regelinstrumente des § 16 SGB II verausgabt. Damit wurde ein Ausschöpfungsgrad von 92% erreicht und konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht werden.

Von den Gesamtausgaben des Eingliederungstitels (Egt) entfielen

- 37,7% auf Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, die die Angebotsstruktur verbessern und damit die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitsuchenden aufbauen
- 26,1% auf Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, die begleitend im Rahmen einer Beschäftigung gewährt werden
- 25,1% auf Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, die Beschäftigung schaffen
- 8,6% auf Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, die der sonstigen weiteren Förderung zuzuordnen sind
- 2,5% auf Leistungen der aktiven Arbeitsförderung zur Förderung der Berufsausbildung (Benachteiligtenförderung).

#### **3.2 Durchschnittliche Ausgaben je geförderten Arbeitnehmer**

Für den Hochsauerlandkreis und seine 12 Delegationskommunen standen im Jahr 2007 sowohl die Erhöhung von Effektivität und Effizienz des Dienstleistungsangebotes als auch der Aktivierung weiter im Mittelpunkt der Aufgabenerbringung. Bei der Auswahl des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist aufgrund des begrenzten Mittelvolumens stets der Zielkonflikt zwischen Aktivierung, Zielgruppenanteil besonders förderungsbedürftiger Personengruppen sowie die Erreichung einer möglichst hohen Eingliederungs- bzw. Verbleibsquote zu bewältigen. Im Jahresverlauf 2007 haben insgesamt 6.758 erwerbsfähige Hilfebedürftige von dem Zugang zu den verschiedenen Instrumenten der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach dem SGB II in der Region profitieren

können. Dabei ist der Umfang der Förderung in Abhängigkeit der jeweiligen Förderintention zu sehen, ebenso variieren die Kosten der jeweiligen Aktivierung.

Betrachtet man die unter Gliederungspunkt 3.1 dargestellte Förderstruktur, so stellen sich die durchschnittlichen Ausgaben je geförderten Arbeitnehmer innerhalb der jeweiligen Maßnahmekategorie wie folgt dar:

- |  |               |
|--|---------------|
| ▪ Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessern : | 725,03 Euro   |
| ▪ Beschäftigungsbegleitende Leistungen :           | 1.917,32 Euro |
| ▪ Beschäftigung schaffende Leistungen :            | 1.156,67 Euro |
| ▪ Förderung der Berufsausbildung :                 | 4.261,31 Euro |
| ▪ Sonstige weitere Leistungen :                    | 150,47 Euro   |

Die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nahmen auch im Jahr 2007 mit 25,1% der Ausgaben einen großen Stellenwert ein. Insgesamt wurden die Zuweisungszahlen gegenüber dem Vorjahr nicht ausgeweitet, sondern leicht zurückgefahren. Bei der Umsetzung stehen Gruppenmaßnahmen mit Qualifizierungsanteilen und sozialpädagogischer Betreuung zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer/innen im Focus.

Im Bereich der beschäftigungsbegleitenden Leistungen stellt der Eingliederungszuschuss in seinen verschiedenen Förderkonstellationen das am häufigsten genutzte Instrument mit direkter Integrationswirkung und unmittelbarer arbeitsplatzbezogener Qualifizierung dar. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Egt beläuft sich 2007 auf 24,1%.

Für den Bereich Fortbildung und Umschulung wurden 22,2% der verausgabten Eingliederungsmittel aufgebracht. Dieser hohe Anteil begründet sich vor allem in dem verhältnismäßig hohen Anteil von weniger qualifizierten bzw. an- und ungelernten SGB II-Kunden.

Insgesamt ist bei einer Bewertung von durchschnittlichen Kostensätzen und einem Vergleich zu anderen Leistungsträgern des SGB II, auch zu denen im gleichen Vergleichstyp, stets eine sehr differenzierte Betrachtung vorzunehmen. Dabei sind die regionalen Strukturen im Detail zu betrachten. So drückt sich beispielsweise die ländliche Struktur des Hochsauerlandkreises bei sämtlichen Maßnahmeaktivitäten durch überproportionale Fahrkostenaufwendungen aus.

### **3.3 Förderanteil einzelner Personengruppen**

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 6.758 Personen mit Eingliederungsleistungen gefördert. Im Jahresverlauf befanden sich im Durchschnitt 1.849 Frauen und Männer in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (Ø Bestandszahl).

Die Eingliederungsbilanz soll u. a. den Umfang der Beteiligung der besonders förderungsbedürftigen Personengruppen an den Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung unter Berücksichtigung ihres Anteils an den Arbeitslosen ausdrücken. Unter Verweis auf die Ausführungen in der Vorbemerkung und den Hinweisen zur Datengrundlage unter Gliederungspunkt 1 ist eine detaillierte

Darstellung der Zielgruppenanteile aufgrund nicht greifbarer Daten nur eingeschränkt möglich. In der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist es schwer von besonderen Zielgruppen zu sprechen, hat doch ein Großteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen individuelle Schwierigkeiten, den Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit zu bestreiten. Daher beschränkt sich die Erläuterung der Zielgruppenförderung auf die Personengruppen der Frauen, der Jugendlichen unter 25 Jahren und der Älteren.

### **Frauenförderung**

Rund 53 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren Frauen. Betrachtet man die unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitslosengeld II-Empfänger, so entfiel auf Frauen ein Anteil von 52,2 Prozent. Männer konnten mehr von der anziehenden Konjunktur profitieren als Frauen. Frauen sind häufiger durch familiäre Verpflichtungen in ihren Erwerbschancen eingeschränkt. Zudem sind sie deutlich seltener im produzierenden Gewerbe tätig. Hier boten sich in den letzten Jahren gute Beschäftigungschancen auch für Empfänger von Arbeitslosengeld II. Insgesamt betrug der Förderanteil von Frauen an den Zugängen zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 35,3 Prozent. Dabei variiert die Beteiligung der Frauen innerhalb der verschiedenen Instrumente. Im Bereich der Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsleistungen liegt der Frauenanteil z.B. bei 54,3 Prozent.

### **Jugendliche unter 25 Jahren**

Bei einem vergleichsweise geringen Arbeitslosenanteil am Gesamtbestand von 8,0 Prozent profitierten Jugendliche mit einem Förderanteil von 19,5 Prozent überproportional von Eingliederungsmaßnahmen. Die Betreuung Jugendlicher von 15 bis 24 Jahren bildet einen Schwerpunkt der Förderung nach dem SGB II. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II hat sich im Hochsauerlandkreis günstig entwickelt. Sie lag zum Jahresende 2007 mit 351 betroffenen Jugendlichen deutlich unterhalb des Vorjahresergebnisses von 542 jungen Menschen (- 35,2 Prozent). Es gilt gerade den jungen Menschen, die in der Regel noch ein langes Arbeitsleben vor sich haben, mit zielgerichteter Förderung und dem aufzeigen von Perspektiven in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Dabei sind unter den Jugendlichen in der Grundsicherung zwei Gruppen zu unterscheiden. Die einen sind aufgrund für sie bestehender Arbeitsmarktprobleme und Qualifikationsdefizite auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Bei den anderen (z.B. Schüler und Auszubildende) hängt die Hilfebedürftigkeit mit dem geringen Einkommen der Eltern oder des Partners zusammen.

### **Ältere**

Eine gegenläufige Entwicklung zeigt sich bei den älteren Leistungsbeziehern, speziell bei der Gruppe ab 55 Jahren. Trotz der Zunahme der Erwerbstätigkeit in dieser Gruppe stieg die Zahl der älteren Arbeitslosengeld II-Empfänger im Jahresverlauf 2007 im Hochsauerlandkreis um 166 oder 12 Prozent an. Der ungünstige Trend ist zum Teil auf den deutlichen Anstieg der Bevölkerung in der



Altersgruppe zwischen 55 und 60 Jahren zurückzuführen. Zudem ist die Zahl der Leistungsempfänger gestiegen, die die Arbeitsuche im Rahmen der Inanspruchnahme der „58er-Regelung“ beendet haben und eine baldige Verrentung anstreben.

Die Betroffenheit der älteren Personen ab 50 Jahren an der Gesamtarbeitslosigkeit betrug im Jahresmittel 2007 24,7 Prozent. Der Anteil der Gruppe der Älteren an dem Einsatz aktiver Leistungen umfasste 15,5 Prozent. Der Eingliederungszuschuss stellt in diesem Zusammenhang für die Zielgruppe der Älteren ein hilfreiches und aussichtsreiches Instrument dar. Daneben beteiligt sich der Hochsauerlandkreis an dem Bundesprogramm „Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“. Ziel des Programms ist die dauerhafte Integration langzeitarbeitsloser ältere Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

#### **4. Wirkung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente**

Neben der kostenorientierten Planung von Maßnahmen, ist der Eingliederungserfolg nach Abschluss einer Maßnahme von zentraler Bedeutung. Dabei weist die Eingliederungsquote als aussagekräftiger Wirkungsindikator nach, inwieweit Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung dazu beigetragen haben, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Detail sagt die Eingliederungsquote aus, zu welchem Anteil Maßnahmeabsolventen sechs Monate nach Teilnahmeende in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung stehen.

Ein weiterer Erfolgsfaktor stellt die Verbleibsquote dar. Sie gibt an, wie viele geförderte Personen ebenfalls sechs Monate nach Austritt einer Maßnahme nicht mehr arbeitslos gemeldet sind.

Die Übertragung dieser Wirkungsindikatoren auf die Zielgruppe der Personen in der Grundsicherung nach dem SGB II ist nach Einschätzung des Hochsauerlandkreises nur bedingt möglich und eingeschränkt aussagekräftig. Die Vermittlungshemmnisse der Personen mit Bezug von Arbeitslosengeld II sind vielfältig, tiefer gehend und meist ineinander greifend. In vielen Fällen ist eine sofortige Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht zu erreichen. Es gilt hier zunächst die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in kleinen Schritten wiederherzustellen. Oftmals bedarf es einer Reihe von inhaltlich und zeitlich aufeinander aufbauenden Maßnahmen zur Erreichung einer Arbeitsmarktintegration.

Insgesamt konnte durch den zielgerichteten Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten eine günstige Eingliederungsquote von 33,9 Prozent unter Berücksichtigung der EDV-technisch recherchierbaren Austritte im Zeitraum Juli 2006 bis Juni 2007 erzielt werden. Ein Vergleich innerhalb der fünf SGB II-Leistungsträger Südwestfalens (Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein und Kreis Soest) bildet für 2007 eine jeweils erreichte Eingliederungsquote in einem Korridor von 28,4 bis 34,4 Prozent ab. Auf Bundesebene liegt die Quote bei 26,8 Prozent. Seit Beginn der Aufgabenübernahme nach dem SGB II hat sich der Hochsauerlandkreis mit seinen 12 Delegationskommunen in Abstimmung mit dem arbeitsmarktpolitischen Beirat für einen zielgerichteten und strategischen Maßnahmeinsatz ausgesprochen. In

diesem Zusammenhang stand auch 2007 ein effizienter, auf Integration ausgerichteter Instrumentenmix im Fokus des Handelns.

Betrachtet man einzelne Förderungsinstrumente, so belegen z.B. die Maßnahmen zur Eignungsfeststellung und Trainingsmaßnahmen eine Eingliederungsquote von 46,3 Prozent. Im Bundesvergleich liegt der Durchschnitt bei 31 Prozent. Damit wird die strategische Ausrichtung im Hochsauerlandkreis auf den Premiumkunden Arbeitgeber durch den offensiven Einsatz betrieblicher Praktika in der Erfolgsquote bestätigt.

Der Bereich der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen wird in der öffentlichen Diskussion häufig hinterfragt. Im Hochsauerlandkreis kommen hier in erster Linie Arbeitsgelegenheiten mit Gewährung einer Mehraufwandsentschädigung zum Einsatz. Die Eingliederungsquote beträgt 20,5 Prozent (18 Prozent Bundesdurchschnitt). In diesem Zusammenhang sind gerade die unter Gliederungspunkt 3.2 erläuterten Gruppenmaßnahmen aufgrund des besonderen Betreuungsansatzes und der Beschäftigungsausrichtung von maßgeblicher Bedeutung.

### **5. Tabellenteil - Statistisch aufbereitetes Datenmaterial zur Eingliederungsbilanz**

In den im Internet zugänglichen Tabellen werden die Ergebnisse des Jahres 2007 statistisch aufbereitet dargestellt.

Die differenzierten Tabellen zur Eingliederungsbilanz 2007 befinden sich unter folgendem Link:

**<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/e.html>**